

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo nám. 32. Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Postsparrassaltono 57544.

Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16—Kč, vierteljährlich 48—Kč, halbjährig 96—Kč, ganzjährig 192—Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120—öK, für Deutschland 16—Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Die bayrischen Behörden schütten Verschwörer.

Auffechterregende Enthüllungen des deutschen Reichskanzlers.

Berlin, 15. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“). In der heutigen Sitzung des Uebervachungsausschusses des Reichstages machte der Reichskanzler auffechterregende Enthüllungen über das Bestehen einer von den bayrischen Behörden unterstützten Verschwörergesellschaft in München. Zuerst wurde von den Abgeordneten Hermann Müller und Dittmann festgestellt, daß die Mörder Garzeis und Erzbergers in Bayern Schutz gefunden hätten und daß die Brigade Ehrhardt noch immer in Oberösterreich ihr Unwesen treibe. Diese Mitteilungen wurden vom Reichskanzler bestätigt. Er verlas einen Bericht des Staatskommissars für öffentliche Ordnung, wonach die Leiter des Kappuzsches, Oberst Bauer, Major Pappst und Kapitän Ehrhardt, gegen die ein Hochverratsverfahren schwebt, sich seit dem Sommer in Bayern aufhalten. Zwei Berliner Kriminalbeamte hätten festgestellt, daß sich die gesuchten Personen in der Nähe Münchens verfangen aufhalten sollen, wo sie von Männern ihrer Gefolgschaft, zum Teil von aktiven bayrischen Polizeimannschaften, durch scharfe Bewachung geschützt werden. Es sei so gut wie unmöglich, sich in ihre Schlupfwinkel einzuschleichen, weil jeder, der sich nähern würde, mit Feuer empfangen wird. Diese Leute halten sich auch jetzt noch in der Umgebung Münchens auf. Kapitän Ehrhardt gehe im Münchner Polizeipräsidium ein und aus. Desgleichen stehe er in Verkehr mit dem vor einigen Tagen zurückgetretenen Justizminister Roth. Oberst Bauer soll jetzt in Budapest wohnen. Auch er ist aber in der letzten Zeit wiederholt in München gewesen und dort mit Kapitän Ehrhardt zusammengetroffen.

Die vom Staatskommissar nach Bayern entsendeten Beamten sind bei den dortigen Behörden auf die größten Schwierigkeiten gestoßen. Sie mußten schließlich zurückkehren, ohne ihren Auftrag vollständig erfüllt zu haben.

Gegenüber diesen Mitteilungen behauptete der bayrische Gesandte von Preger, der Justizminister Roth habe ihm erklärt, daß er mit Ehrhardt nichts zu tun habe und ihn auch nicht kenne. Es sei auch nicht wahr, daß Ehrhardt von Kahr und Poehner begünstigt werde und daß dem badischen Generallandschaftsanwalt bei seinen Nachforschungen nach den Mördern Erzbergers in Bayern Schwierigkeiten gemacht worden seien. Zu einem Eingreifen der Reichsregierung in München liege kein Anlaß vor. Der deutschnationale Parteiführer Bergt, der über die Enthüllungen des Reichskanzlers in große Verlegenheit geraten war, erklärte, daß seine Partei mit der bayrischen Mörderzentrale nichts zu tun habe und daß die Mitteilungen des Staatskommissars vorläufig nur Annahmen, aber keine Feststellungen seien.

Der Reichskanzler sprach dann noch einmal. Er gab zu, daß der badische Staatsanwalt in

Bayern keine Schwierigkeiten vorgefunden habe. Es stehe aber fest, daß er, als Reichskanzler, von den offiziellen Vertretern der bayrischen Regierung öffentlich beschimpft worden sei. Es sei unmöglich, die bayrischen Forderungen in ihrem ganzen Umfange und ohne weiteres anzunehmen. Es gäbe einige Punkte, über die man sich verständigen könne. Aber der Hauptpunkt, die baldige Beseitigung des Belagerungszustandes sei das unumstößliche Ziel der Reichsregierung. Die Beratungen wurden schließlich abgebrochen.

Die Trennung von der Kirche.

Monsignore Schramel tritt in die neue Regierung ein. Es müsse nur noch eine Kleinigkeit den Akkordaten zugestanden werden: Die Schule müsse wieder konfessionell werden. Wie sagt doch der Herr Bischof Groß unter vielem anderen auf einer der letzten Konferenzen seiner Amtsbrüder in Christo: „Da die Kirche allein die von Gott gesegnete Lehrerin der Wahrheit ist, so müssen alle Verkünder dieser christlichen Wahrheit bis zum letzten Dorfschullehrer herab ihre Sendung von der Kirche haben. Sobald also die Kirche irgend jemanden die Mission, die missio canonica entzieht, kann er nicht mehr im Amt eines Lehrers der christlichen Wahrheit bleiben. Die Kirche muß bezüglich aller Schulen, in denen katholische Kinder unterrichtet werden, die Bürgerpflicht haben, daß die religiöse Erziehung der Kinder in ihrem Geiste sichergestellt ist, zumal wenn der Staat die Kirche als öffentlich rechtliche Körperschaft anerkennt. Eine Verstreitung dieses positiven Ausspruchs wäre eine Rechtsverleugung. Darum hat die Kirche auch das Recht auf Prüfung der Lehrbücher“. . . Also mit solchen Gedanken trägt sich der künftige Minister Schramel! Das sind so einige der Forderungen, die er in die neue Regierung mitbringt, in die Regierung aller tschechischen Parteien, nicht ausgenommen die der Sozialdemokraten.

Widerspricht nicht Vater Schramel, selbst als Idee genommen (so weit das möglich ist) demjenigen, der einst des tschechischen Volkes glühendster Mund und reinstes Wort war u. der noch heute Symbol und Ideal ist. Die Fessel, die das mittelalterliche Papsttum um den Leib und Geist des tschechischen Volkes geschnürt hat, brach Fuß entzwei. Nicht wollte er in die Finsternis tragen, in die das Papsttum im Vereine mit dem ihm untertanen Kaisertum die Völker Europas geschlagen hat. Das tschechische Volk erlitt den Feuertod seines großen Denkers in abertausenden Seelen. Aber wie eine Vorahnung noch langer Leiden war sein Ringen um den Kelch. Auf dem weißen Berge wurde das tschechische Volk nicht nur von den Habsburgern sondern auch vom Papste besiegt. Drei Jahrhundertlang frohndete die Nation eines Fuß geistig und körperlich beinahe bis zur Selbstausgabe den Herren von Rom. Doch aus geschichtslosem Schlaf erwacht, wurde sie ihrer Ketten bewußt; schon die ersten Anfänge tschechischen neuzeitlichen Schrifttums atmen Hussens Geist. Weder die tschechische Philosophie, die vorzugsweise der Gedankewelt Kants, Herders, Fichtes entspricht, noch die tschechische Dichtung trägt auch nur eine Rückerinnerung an den gewaltsam aufgepfropften katholischen Geist. Die bedeutendsten Geister des tschechischen Volkes erstarkten im Kampfe gegen das Pfaffenstum und gegen Habsburg, seine stärkste Stütze in diesem Lande. Doch Habsburg war es, das gegen alles Fühlen und Denken des tschechischen Volkes, das Konkordat mit der Kirche einging, von dem sich das tschechische Volk trotz Befreiung von Habsburg, trotz des Umsturzes

noch immer nicht gelöst hat. Wie wäre es sonst möglich, daß drei Jahre nach dem Sturze Habsburgs und der Präsidentschaft Masaryks ein Vater Schramel Minister der „befreiten“ Nation würde?

Es war an einem der stürmischen Tage des Entstehens der Verfassung dieser Republik, als eine große Volksmenge am Altstädter Ring die Aufnahme dieses Tages in die Verfassung forderte: „Die Trennung des Staates von der Kirche wird allsogleich durchgeführt.“ Man vertraute die Versammelten mit der Antwort, daß diese Forderung beim Votum des Hussens doch eine Selbstverständlichkeit sei. Trotz dieser „Selbstverständlichkeit“ ist scheinbar dem Staate die Trennung von der Kirche Habsburgs recht schwer gefallen. Wenn man von einigen wenigen Reformen im Eherecht und in den Mittelschulen absieht, ist seit drei Jahren so gut wie nichts geschehen. Die Kirche ist nicht nur im ungeschmälerten Besitze ihrer materiellen Güter geblieben, sondern hat mit Hilfe des Staatsfiskus allen Einfluß auf die junge Generation, vor allem auf dem flachen Lande gewahrt. Daß der Staat die Kongrua erhöhte, beweist seine Abhängigkeit von der Kirche. Wie sonderbar ähnelt dieses Verhältnis dem, das sich jetzt langsam wieder zwischen Paris und Rom entspinnt. Mit Stovt und Hohn wurden einst von der bürgerlich-revolutionären Gesellschaft die zarten Bande zerrissen, die Bourbonen mit Rom verknüpften, aber das reaktionäre französische Bürgertum schließt wieder mit dem engsten Bundesgenossen des Kapitalismus, der römischen Kirche, ihren Frieden. Was bedeutet ihr Rousseau und Voltaire, wenn es u.: den Segen und die Geschenke des Vatikans geht? Die französische Regierung hat unlängst wieder einen Vertreter an den Hof des Papstes gesendet und in der Stadt Hussens wird zum Geburtstag des Papstes gefeiert.

Wie schwer ist die nicht vom tschechischen Volke so stürmisch geforderte Trennung des Staates von der Kirche geworden! Die tschechische Nation dachte durch Habsburg Ketten an jene gefesselt zu sein. Jetzt ist sie der Ketten frei und kann sich von der Kirche nicht trennen. Schließt auch diese befreite Nation ihren Papstesfrieden? Monsignore Schramel wird Minister. Die Agrarier werden sich „tolerant“ verhalten und die tschechischen Sozialdemokraten können, wie Bechyně versichert, doch ihre Grundsätze nicht dem Vater Schramel aufzwingen. Aber werden sich die tschechischen Sozialdemokraten im Befreiungskampfe des Staates von der Kirche der Majorität eines Bürgertums erwehren können, das jeden revolutionären Gedanken dar, die Kirche als verlässlichsten Klassenossen grüßt? Wahrscheinlich, die tschechischen Sozialdemokraten sind um ihre Koalitionen nicht zu beneiden! Schwer, wie fürchten aussichtslos wird ihr Ringen um den freien Geist in dem neuen Kabinette sein.

Die deutschnationale Mördergrube.

Unser tschechisches Korrespondenzbüro ist vorsichtig. Stehen doch Bürgerliche hinter ihm. Ganz so wie hinter der bayrischen Reaktion. Und eine Krähle haßt der andern nicht die Augen aus. Auch wenn die eine auf Teufel, die andere auf Libussa schwört. Welcher Sumpf Bayerns Lande gegenwärtig überzieht und die Luft verpestet, erfährt man erst aus unseren reichsdeutschen Bruderblättern. In Bayern fanden alle Sanftrouten des Kappuzsches ein stilles, lauschiges Asyl. Zuerst als „Orgesch“, dann als man diese Banden auflösen mußte, als „Arbeitsgemeinschaften“. Ein scheinbar harmloses Wort, harmlos wie der Name „erwachende Ungarn“. Aber Dolch und Pistole fixen diesen Brüdern von den „Arbeitsgemein-

ten“ ebenso locker wie den Fronabs und Seljas. Ebenso wie den Beihyaren sind ihnen Mord und weißer Terror das rechte Mittel, das „heilige Kaisertum deutscher Nation“, die „treue vaterländische Art und Sitte“ auf Blut und Leichen aufzurichten. Was gilt ihnen ein Berg von Arbeitertoten, wenn nur obenauf der Stahlhelm und das siegreiche germanische Bayonett prangt?

Unter dem Schutze des deutschnationalen Polizeigewaltigen Poehner kostümierte sich Kapps vertwegenste Stoßtruppe, die Marinebrigade Ehrhardt, kostümierte sich die aufgelöste Orgesch in die „Arbeitsgemeinschaft Rostbach“ und ins Freikorps „Oberland“ um. Poehner hielt seine gepflegte Aristokratenhand über sie, als blutrünstige Plakate zum Haß gegen Demokratie und Arbeitererschaft aufriefen. Als Garzeis der Wutatmosphäre dieser Plakate zum Opfer fiel, als sich im Schoß des Ehrhardtsgefindels der Mord auf Erzberger vorbereitete. Als Heinrich Schulz und Heinrich Dyllessen nach Bad Griesbach fuhren, ihre Dementat zu vollführen, und als sie nach vollbrachtem Mord nach München zurückgekehrt waren, weil sie von Kahr und Poehner nicht zu befürchten hatten. Durch ganz Deutschland ging das Signalment der Mörder. Ueberall wußte man, daß der eine ein mißgebildetes Ohr, der andere eine verunstaltete Nase hatte. Aber Schulz und Dyllessen saßen unbehelligt in ihrer Münchner Wohnung.

Die badische Staatsanwaltschaft und Polizei forschte in allen Weltgegenden. Poehners Schergen entdeckten jeden „Noten“, der ein verbotenes Flugblatt las. Aber Schulz und Dyllessen saßen unbehelligt in ihrer Münchner Wohnung. Sagen dort, bis sie genau drei Tage zuvor verschwand, ehe der badische Staatsanwalt, von Mißtrauen gegen die bayrischen Kollegen getrieben, selbst nach München kam, um hier nach dem rechten zu sehen. Nicht dem frech verletzten Gesej zum Siege zu verhelfen, war die Münchner Polizei da, sie sabotierte jeden Auftrag aus Karlsruhe, verhinderte durch Passivität jede Enthüllung. Aktiv wurde sie erst, als es galt, die Mörder vor dem Karlsruher Staatsanwalt zu retten! Da wartete sie die Spießgesellen Ehrhardts mit beflissener Eile, damit die Auftraggeber, die blutbesleckten Deutschnationalen, weiter ihr Unschuldsalibi beteuern könnten! Das Rest ist leer. Aber die Genauigkeit, mit welcher Zug um Zug in diesem schauerlich wahren Kinosdrama Kapt, legt deutlichere Zeugenschaft gegen Kahr, Poehner, Sergl und Westarp ab als zehn gefangengesetzte Nordgesellen. Ueberhaupt: Vor Zeugenaussagen haben die geachteten Spitzen des Bürgertums jetzt unheimliche Angst. Deshalb hat sich die Berliner Polizei beeilt, eine Familie, bei welcher die Mörder Erzbergers freundschaftlich verkehrten, im Sandumdrehen wieder freizulassen. Kein Bedenken der Kollisionsgefahr oder der möglichen Vorschubleistung wurde in den liberalen Polizeiseelen laut, kein Untersuchungsrichter hat Verwahrung eingelegt. Frau Justitia ist nicht nur blind, sie ist auch stumm geworden — wo es um Monarchisten geht. Nicht einmal den Namen der Familie hat sie der Welt verraten.

Was das alles bedeutet? Daß der „bürgerliche Rechtsstaat“ die Masse vom Antikly nimmt! Daß er nicht mehr Unparteilichkeit mimt. Daß er brutal und offen erklärt: „Es geht um Brüder aus meiner Klasse! Diese zu retten ist mir erste, heiligste Pflicht! Ich pfeif auf die alten Rechtsformen! Die solange Betrogenen, die Proletarier, glauben sie mir eh nicht mehr! Ich rette, was noch zu retten ist!“ Dieses Bekenntnis zur Klassenjustiz klingt mit erfreulicher Offenheit aus allen Handlungen der Münchner und Berliner Polizei. Die Herren wollen, daß man es höre. Nun, die Arbeiter haben es gehört und werden sich da nach zu richten wissen.

Sitzung des Reichswirtschaftsrates.

Gegenstand der gestrigen Sitzung des Reichswirtschaftsrates war ein vom Ministerrat ausgearbeiteter Gesetzentwurf über die gesamte Freigabe des Ein- und Ausfuhrhandels und die Uebertragung der Agenden des Rates für Außenhandel nach dessen Liquidierung an das Ministerium des Äußeren. Zu diesem Gegenstande erstattete die Abgeordnete Plamink einen Bericht, in welchem sie sich gegen die geplante Angliederung an das Ministerium des Äußeren lehnte und beantragte, es möge nach Auffassung des Außenhandelsamtes die Agenda, so weit sie sich auf Ein- und Ausfuhr von Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs bezieht, dem Volksversorgungsministerium übertragen werden.

In der anschließenden Debatte führte als einziger Debattierender Genosse Gehorsam folgendes aus: „So paradox es klingen mag, muß ich als Vertreter der Anschauung, daß eine Regelung und Kontrolle der Ein- und Ausfuhr im Interesse der konsumierenden Bevölkerung unentbehrlich ist, der Freude darüber Ausdruck geben, daß endlich dieses Außenhandelsamt von der Bildfläche verschwindet. Dies aus dem Grunde, weil dieses Amt während der ganzen Dauer seines Bestandes seine Aufgaben nicht erfüllt hat. Wenn schon bei den Aemtern dieses Staates Unzulänglichkeiten und Unzukunftslichkeiten an der Tagesordnung sind, so hat gewiß das Außenhandelsamt darin einen Rekord aufgestellt. Illustrationsstatum nebst den vielen hier im Laufe der Zeit vorgebrachten Klagen eine Begebenheit der letzten Tage: Der Reichswirtschaftsrat hatte beschlossen, die Ausfuhr von Pflaumen zu sperren, damit auch den minderbemittelten Konsumenten Gelegenheit geboten wird, in bescheidenem Maße Obst zu kaufen. In der Vorwoche wurde vom Unterausschuß des Außenhandelsamtes ein Gesuch um Ausfuhrbewilligung für 50 Waggons Pflaumen abgewiesen. Trotz dieser Entscheidung hat ein Beamte dieses Amtes die Ausfuhrbewilligung erteilt, unter anderem einer Firma in Rutenberg, die mit Obst handelt, nichts zu tun hat und gleich am nächsten Tage die erlangte Ausfuhrbewilligung weiterverkauft. Die Folge war, daß in den nächsten Tagen der Engrospreis von Pflaumen um 40 bis 50 Prozent erhöht wurde und daß an der Prager Produktionsbörse infolge der Ausfuhrbewilligungen Dörrpflaumen um 25 Prozent im Preise gestiegen sind. Es wäre notwendig, den betreffenden Beamten, in Disziplinaruntersuchung zu ziehen. Wenn ich nun erklärt habe, daß wir das Verschwinden dieses Außenhandelsamtes mit Freuden begrüßen, so nur unter der Voraussetzung, daß dessen ererbende Agenda einem Ministerium übertragen werde, welches den notwendigen Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse des Staates hat und infolge dessen geeignet ist, die Regelung und Kontrolle der Ein- und Ausfuhr so zu leiten, damit die Interessen der Konsumenten gefördert und nicht geschädigt werden. Der Antrag des Ministerrates, diese Agenda dem Ministerium des Äußeren zu übertragen, bedeutet die Wirtschaft auf den Kopf stellen, da dieses Ministerium und seine Beamten sicherlich nicht die fachliche Qualifikation besitzen, um der ihnen gestellten Aufgabe gerecht zu werden. Es dürfen nicht immer die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Politik im allgemeinen und hier der Politik des Ministeriums des Äußeren geopfert werden.“

Zu der Frage der Erteilung der Ausfuhrbewilligungen für Pflaumen gab Ministerrat Dr. Kaufmann die Auskunft, daß diese trotz des Einspruches der Kommission aus gesamtstaatlichen Interessen erteilt wurde, da der diplomatische Vertreter Englands deren Bewilligung verlangt hatte. Der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf wurde hierauf abgelehnt.

Inland.

Dante und die Tschechoslowakei. Der Unterrichtsminister Dr. Cesta hat anlässlich der Dantefest an den italienischen Unterrichtsminister und an die Bürgermeister von Florenz und Ravenna Glückwunschtelogramme geschickt. Das tschechische Pressbureau, welches dies meldet, fügt über Weisung des Unterrichtsministers hinzu: „Sicherlich werden die herzlichen Telegramme des Ministers Cesta zur Stärkung der kulturellen Beziehungen, der beiden Völker beitragen.“ Recht schön! Man soll schließlich auch für die Stärkung der kulturellen Beziehungen mit Italien etwas tun. Aber, wie wäre, wenn sich der Unterrichtsminister daran erinnern wollte, daß es eine seiner Aufgaben ist, auch die Stärkung der kulturellen Beziehungen der den Staat bewahrenden Völker in Angriff zu nehmen? Mit Schulperungen allein wird diese Aufgabe nicht erfüllt werden können.

„Die politische Orientierung der deutschen Sozialdemokraten.“ Im gestrigen Abendblatt des „Pravo Lidu“ lenkt A.—a. die schwebende Auseinandersetzung über den Eintritt der tschechischen Sozialdemokraten auf folgendes Geleit: „Nach einigen unfreundlichen Artikeln des Prager „Sozialdemokrat“ gegen unsere Partei, zu denen der Beschluß der Vertretung unserer Partei wegen des Eintrittes in die kommende parlamentarische Regierung den Anlaß gab, äußert sich nun auch die deutsche sozialdemokratische Pragerpresse befremdend-mißfällig über unsere Partei und ihre Politik.“

Diese Taktik der deutschen sozialdemokratischen Presse ist eine sehr bequeme, da sie nicht versucht, an die Wurzel der Sache zu gehen und sich in oppositionellem Wortadilatismus gefällig, wobei sie bei den deutschen Verhältnissen noch den Vorteil hat, daß sie dadurch sehr gut mit dem deutschen bürgerlichen Nationalismus übereinstimmt. Dem tschechischen arbeitenden Menschen, der ein jahrzehntelanges, schweres oppositionelles politisches Leben im alten Oesterreich hinter sich hat, dem wird klar, was der Ausdruck des normalen oppositionellen Standpunktes ist, der den Staat nicht geniert und was ein grundsätzlicher Widerstand gegen diesen Staat ist. Wie er sich in der gesamten deutschen Presse ohne Ausnahme kundgibt. . . Uns bleibt vorläufig nichts anderes übrig, als zu warten, bis sich diese Ernüchterung einstellt und die deutschen Genossen die Fehlerhaftigkeit ihrer Taktik einsehen. Wir wissen, daß die dann geschehen wird, wenn im deutschen Lager überhaupt eine Ernüchterung eintritt, denn die Politik der deutschen Sozialdemokraten zeigt überaus klar, daß die Internationalität im Programm noch nicht die Internationalität in der Tat und Praxis ist. Daß dies einmal geschieht, davon sind wir überzeugt; es wird dies früher geschehen, als der von den Deutschen ständig erwartete Umsturz der tschechoslowakischen Republik. — Jetzt ist doch die Wichtigkeit des Vorgehens der tschechischen Sozialdemokraten überzeugend dargetan.

Das Viermilliarden-Defizit für das Jahr 1922 gibt dem früheren Finanzminister Dr. Engliš zu folgenden Betrachtungen in der „Lidove Roviny“ Anlaß: Die gestrigen „Lidove Roviny“ brachten aus Prag die Meldung, daß der Voranschlag für das nächste Jahr 2 1/2 Milliarden beträgt, die Einnahmen des Staates 17 1/2 Milliarden und der Abgang 3 1/2 Milliarden. Diese Ziffern sind direkt erschreckend. Die Meldung ist vorläufig mangelhaft und stellenweise wenig verständlich, aber in den Gesamtumrissen sehr berechtigt. Es ist vorläufig nicht ersichtlich, ob in diesen Ziffern der Voranschlag für die staatlichen Investitionen inbegriffen ist. Wenn dies so wäre, dann würde die Steigerung der Ausgaben 23 Prozent betragen. Aber leider scheint es, wie aus Prag gemeldet wird, daß die 2 1/2 Milliarden noch nicht den Investitionsvoranschlag beinhalten, der heuer mit rund 3 Milliarden veranschlagt war. Wenn außer den Investitionen der Voranschlag von 14 auf 21 Millionen gestiegen ist, dann ist er um 50 Prozent gewachsen. Dieses Wachstum des Defizits ist völlig unmöglich und ohne Erschütterung undenkbar. . . Der einen Milliardenabgang aufweisende Vorschlag ist eine schlechte Neklame für den Staatskredit. Es gibt nur eines von beiden: Entweder werden die Einnahmen und die durch die ordentlichen Kredite nicht gedeckten Ausgaben nicht realisiert, dann wurde der Staatsvoranschlag überflüssig belastet, oder sie werden notwendiger Weise realisiert zum Schaden des neuen Kurses. Dann sind wir auf der schiefen Ebene angelangt, werden uns ständig weiter von einem ordentlichen Gebahren entfernen und die gesamte nationale Wirtschaft in eine neue, lange und schwere Krise stürzen. Wollen wir diese Folgen? Wir sollten doch wissen, daß die Finanz- und Wirtschaftssolidierung der letzte Kitt für die politische Haltbarkeit und Konsolidierung des Staates ist. An die Folgen einer solchen Finanzpolitik will ich gar nicht denken. Mit einem solchen Voranschlag soll die politische Regierung wirtschaften? Unmöglich! Der Finanzplan der staatlichen Wirtschaft für das kommende Jahr darf das Bild nicht beinhalten, wie es im gestrigen Bericht entworfen wurde, aber er muß für das Parlament ein Warnungszeichen sein, daß die letzte Stunde zur Umkehr gekommen ist und zwar zur radikalen Umkehr. Mit der Demagogie, die den Staat erschlägt, muß es ein Ende haben.“

Deutsche Politiker an das tschechische Volk. Unter diesem Titel hat vor einigen Tagen Prof. Flusser eine Sammlung von Aufsätzen sämtlicher Führer der deutschen politischen Parteien über das deutsch-tschechische Problem und die wichtigsten politischen Tagesfragen veröffentlicht. Im März dieses Jahres gab Prof. Flusser eine Schrift: „Aus Masaryks Werken“ heraus, deren Zweck war, den deutschen Leser mit der literarischen Tätigkeit Masaryks bekannt zu machen und in der deutschen Leserschaft Verständnis für die tschechische Frage nach Masaryks Ansichten zu wecken. Die soeben erschienene Sammlung stellt eine Fortsetzung derselben Grundidee dar, die Richtung jedoch ist diesmal eine umgekehrte: Die Vertreter sämtlicher Parteien der deutschen bürgerlichen, sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien wollen diesmal die tschechische Leserschaft über die Bedürfnisse des deutschen Volkes informieren, Wünsche, Anregungen und Beschwerden vorbringen. An der Spitze dieser Schrift steht ein Aufsatz des Abgeordneten Krepel unter dem Titel: „Wiedergutmachung!“ und ein Auszug aus Seligers erster Parlamentsrede. Daran schließen sich folgende Aufsätze an: Dr. Lodgmann: „Die staatsrechtliche Stellung der Deutschen im Tschechoslowakischen Staat“; Senator Prof. Spiegel: „Die tschechoslowakische Verfassung“; Senator Prof. Pollach: „Die deutsche

Sozialdemokratie und die tschechische Republik“; Abgeordneter Kreibitz: „Die deutschen Kommunisten und die Tschechoslowakische Republik“; Abgeordneter Prof. Kosta: „Die tschechoslowakische Außenpolitik“; Abg. Prof. Spina: „Ueber die deutsch-tschechischen Kulturbeziehungen“; Abgeordneter Wornbrunn: „Die Schule in der Tschechoslowakischen Republik“; Abgeordneter Dr. Schollich: „Das deutsche Schulwesen“; Abgeordneter Dr. Czoch: „Der Ernährungsplan“; Abgeordneter Zierhut: „Die Bodentreform“; Abgeordneter Pohl: „Die Sozialisierung der Bergwerke“; Abgeordneter Jung: „Die Sozialisierungsprobleme“; Abgeordneter Pöbel: „Ueber die deutsche Presse“; Abgeordneter Schälzky: „Die soziale Fürsorge“; Abgeordneter Dr. Hollischer: „Das Erzgebirge“ und Abgeordneter Wittich: „Die Slowakei.“ Das Werk liegt gleichzeitig auch in der tschechischen Uebersetzung vor, ist es doch zunächst an den tschechischen Leser und die maßgebenden Kreise adressiert.

Ausland.

Sinowjew 1919 und 1921. Bekanntlich ist Sinowjew noch 1917 ein wütender Gegner Lenins gewesen, der sich später zu einem feurigen Apostel gewandelt hat. Ebenso hat der Herr Präsident der dritten Internationale mit erstaunlicher Gewandtheit seine Ansichten in den letzten zwei Jahren geändert. Im Frühjahr 1919, nach dem ersten Kongreß der kommunistischen Internationale, prophezeite er wie folgt:

„Der Sieg des Kommunismus in ganz Deutschland ist durchaus unvermeidlich. In nächster Zeit wird es noch vereinzelte Niederlagen geben. Die schwarze Farbe wird vielleicht hier und da die rote besiegen. Der endgiltige Sieg wird aber trotzdem der roten Farbe bleiben. Und das in den nächsten Monaten, vielleicht sogar Wochen. Die Bewegung geht so schwindelerregend vorwärts, daß man mit Gewißheit sagen kann: nach Jahresfrist werden wir bereits zu vergessen beginnen, daß es in Europa einen Kampf für den Kommunismus gegeben hat, denn nach einem Jahre wird ganz Europa kommunistisch sein und der Kampf für den Kommunismus wird sich bereits auf Amerika, vielleicht auch auf Asien und die anderen Erdteile hinüberwerfen.“

Im Jahre 1921 klingt die Melodie freilich anders. Im August dieses Jahres, nach dem dritten Kongreß der Moskauer Internationale, sagte er:

„Wir müssen das genügende Maß von Energie und Geduld an den Tag legen, um diese Aufgabe — die Eroberung der Mehrheit des Proletariates — um jeden Preis zu verwirklichen.“

An die Stelle der Diktatur des Proletariats ist die Eroberung der Mehrheit der Arbeiter in jedem Lande getreten. An die Stelle der Weltrevolution um jeden Preis das Lob der Langsamkeit. Ein resignierteres Eingeständnis läßt sich nicht denken.

Die vierte Internationale. Die kommunistische Arbeiterpartei hält zur Zeit in Berlin ihren Parteitag. Es soll vor allen Dingen zu dem Ultimatum des Kongresses der Moskauer Internationale Stellung genommen werden, das die Verschmelzung der Kommunisten verlangt. Bisher zeigt sich auf dem Parteitag, der in der Arbeiterschaft im Uebrigen nicht die mindeste Beachtung findet, weil die KAPD. einen noch geringeren Bedeutung besitzt als die KPD., keine Neigung zur Annahme des Ultimatus. Es wird im Gegenteil die Schaffung einer kommunistischen Arbeiterinternationale gefordert, die auch von den Vertretern der bulgarischen und holländischen Kommunisten verlangt wird.

Ein kommunistisches Geständnis. — Der verstümmelte Funkpruch. Das tschechische Pressbüro versendet eine Nachricht, die es von der Radiostation auf dem Laurenziberg aus London erhalten hat. Der Anfang des Funkpruchs ist verstümmelt angelangt, doch ist daraus zu ersehen, daß ein Londoner Blatt eine Rundgebung der dritten Internationale, die Hilfsaktion für das hungernde Rußland veröffentlicht und in deren zweitem, verständlichen Teil, wie der „Daily Telegraph“ bemerkt, das Geständnis der Forderung der kommunistischen Bewegung ersichtlich ist. Es heißt darin, daß die allgemeine Situation, in welcher sich die internationale Front des kämpfenden Proletariats (lies: kommunistischen Proletariats. Ann. d. Red.) gegenwärtig alles eher als glänzend sei. Von überall aus den kapitalistischen Staaten Europas und Amerikas gelangen Nachrichten nach Moskau über Kongressionen, welche die kommunistischen Führer unter dem Druck des Weltkapitals gemacht haben und darüber, daß dieser Druck des sterbenden Kapitals immer stärker wird. Die Hauptschuld in der Stellung des Proletariats wird in dem Funkpruch auf die Führer geschoben, welche die in den Jahren 1919 und 1920 so mächtige, einheitliche kommunistische Front nicht aufrecht erhalten vermochten, was ein Beweis für die falsche politische Tak-

tik sei, die im letzten Jahre befolgt wurde. Zum Schluß heißt es, daß die Arbeiter überall auf einmal verlangen müssen, daß ihre Regierungen alle Geldsammlungen und Naturalien zu übergeben haben. Das Dokument ist von Sinowjew und den Mitgliedern des Internationalen Volksgauesausschusses, darunter Bela Kun, gezeichnet.

Der Raubzug der Ungarn.

Enthüllungen der „Arbeiter-Zeitung“.

Wie unser Bruderblatt ausführte, sollte der Ueberfall aus Burgenland den Auftakt zu einem großen karlistisch-legitimistischen Unternehmen bilden, für welches man in Oesterreich, Kroatien, Bulgarien und der Slowakei Freunde gewonnen hatte. Vor Jugoslawien hätte Hortih durch einen dort geplanten Aufstand gegen den serbischen Zentralismus geschützt werden sollen. Rumänien hoffte man durch die immer scharfer hervortretende Feindschaft gegen Rußland genügend gebunden. In der Tschechoslowakei hätten die kerikal-monarchistischen und die nationalbolshewistischen Slowaken die Geschäfte Karls durch einen separatistischen Aufstand besorgen sollen, so daß zwei Brigaden als genügend erachtet wurden, die tschechischen Republikaner in Schach zu halten. Der Kaiserputsch, mit dessen Gelingen Hortih natürlich rechnete, wäre dann für die Monarchisten Tirols und Salzburgs der Anlaß gewesen, Deutschösterreich zu zerbrechen, und in diesem Augenblicke wäre Karl in Wien eingetroffen. Dies ist der tiefere Grund, weshalb er nicht aus der Schweiz nach Spanien übersiedelte. Manche Vorbedingungen des tollen, doch nicht ganz sinnlosen Planes traten tatsächlich ein, namentlich brachte der August einen Aufstand im jugoslawischen Lim-Gebiet und die Erhebung Karls gegen das Reich. Dagegen stimmte die Rechnung mit Rumänien und der Tschechoslowakei nicht, was uns vielleicht vor blutigen Bürgerkriegen bewahrt hat.

Ein Ultimatum an Ungarn bevorstehend.

Wien, 15. September. (Tsch. P. B.) Die großdeutsche „Deutschösterreichische Tageszeitung“ meldet aus angeblich gut unterrichteter Quelle, daß die Verhandlungen zwischen dem italienischen Minister des Äußern Marchese della Toretta und dem Bundeskanzler Schober dazu geführt haben, daß Oesterreich seitens der Entente die volle Garantie erhalten müsse, daß das ganze Burgenland geräumt werden wird. Marchese della Toretta soll in diesem Sinne einen Bericht an die Vostschasterkonferenz ausgearbeitet haben. Es ist daher zu erwarten, daß die Vostschasterkonferenz noch im Laufe dieser Woche ein Ultimatum an die magyarische Regierung senden wird, in welchem auch die Zwangsmittel angeführt werden, welche die Entente bei einem eventuellen weiteren Widerstande Magyarierens in Anwendung bringen wird. Unter diesen Mitteln ist in erster Linie an eine allgemaine Blockade Magyarierens gedacht.

Wien, 15. September. (Tsch. P. B.) General Ferrario, der italienische Vertreter in der Dedeburger Generalkommission, erstattete dem Minister des Äußern Marchese della Toretta eingehenden Bericht über die Lage in Westungarn und besprach mit ihm auch den neuen Räumungsmodus, der wahrscheinlich schon heute der ungarischen Regierung vorgelegt werden wird. Die Dedeburger Generalkommission wird die unverzügliche Annahme und Durchführung ihres Planes verlangen.

Die Tiroler Monarchisten springen Hortih bei.

Wien, 15. September. (Tsch. P. B.) Das Landespräsidium des monarchistischen „Vaterlandsheer“, welcher vom Landesrate Steidl geleitet wird, veröffentlicht im „Allgemeinen Tiroler Anzeiger“ eine Erklärung bezüglich der Burgenlandfrage, in welcher folgender Passus enthalten ist: Die österreichische Bundesregierung betruft sich bei ihren Aspirationen auf das burgenländische Gebiet unangesehnt und einzig und allein auf den Staatsvertrag von St. Germain, welchem sämtliche Tiroler Abgeordnete ohne Parteunterschied die Zustimmung versagt haben, da durch diesen Vertrag Tirol zerrissen und Südtirol Italien ausgeliefert wurde. Die einfachsten logischen Gesetze verbieten es daher, einem patriotisch-bewußten Tiroler, sich auf einen Vertrag zu berufen, welcher nach Ansicht der besonderen Vertreter des Tiroler Volkes durch sein Diktat ein Unrecht geschaffen und Tirol vergeblich hat. Kein Tiroler könne sich daher jemals freiwillig unter der Flagge des Staatsvertrages von St. Germain an einer Aktion beteiligen, durch welche der Inhalt dieses Staatsvertrages regelmäßig gemacht würde.“

Bestialitäten der „Erwachenden.“

Wien, 15. September. (Tsch. P. B.) Amtlich wird verlautbart: Nach einer sicheren Meldung wird bekannt, daß ein bei Kirchschlag gefangen genommener Wehrmann von den Ungarn erschossen, ein zweiter, der einen Kopfschuß hatte, gehängt wurde.

Ein Verräter an Deutschösterreich.

Wien, 15. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“). Ueber den ehemaligen Landesgendarmeriekommandanten von Steiermark, Peinlich, hat die „Arbeiterzeitung“ heute früh einige Enthüllungen gebracht, die über seine Verbindung mit dem ungarischen Putsch Aufschluß geben. Es wurde nämlich bei einem Kurier des Legationsbüros, der wegen Spionage verhaftet wurde, ein an Peinlich gerichtetes Schreiben gefunden, worin er über die militärischen Aufstellungen von Fehring bis Wiener-Neustadt und über die Stärke der Gendarmerie gefragt wird. Im Abendblatt der „Arbeiterzeitung“ werden neue Enthüllungen gebracht. Danach hat Peinlich, als er noch im Dienste war, von dem ungarischen Obersten Lehár ein Auto geschenkt bekommen, welches er immer als kein Amtsauto ausgegeben, aber auch zu privaten Zwecken verwendet hatte. Als er auf Drängen der Sozialdemokraten pensioniert wurde, hat er dieses Auto um 350.000 Kronen verkauft.

Die Hortjyregierung sabotiert den Austausch der ungarischen Kommunisten.

Die ungarische Korrespondenz „Rosta“ berichtet: Entgegen den bisherigen Nachrichten, daß der erste Transport der auszutauschenden verhafteten ungarischen Kommunisten Anfang September abgehen sollte, wird jetzt halbamtlich mitgeteilt:

„Die Austauschaktion befindet sich noch nicht in einem derartigen Stadium, daß der erste Transport schon diese Woche abgehen könnte. In den einzelnen Detentionsanstalten muß vorerst die Identität der 400 Kommunisten festgestellt werden, sodann wird mit einem jeden einzelnen ein Protokoll darüber aufgenommen, ob er nach Rußland gehen wolle oder nicht. Nach der abgeschlossenen Konvention sind nämlich die von den Russen abverlangten Kommunisten nicht verpflichtet, nach Rußland zu gehen, falls sie aus eigenem Entschluß ihre Absicht kundgeben, zu Hause bleiben zu wollen. Die Aufnahme dieser Protokolle ist jetzt im Zuge. Interessant ist es, daß bisher schon mehrere Personen zu Protokoll gegeben haben, sie wollten nicht nach Rußland gehen, sie wären den Kommunisten gewesen, nur der Zwang der Verhältnisse habe sie unter die rote Herrschaft getrieben. In der Liste der 400 figurieren auch die Namen solcher Personen, die sich bereits auf freiem Fuße befinden oder demnächst frei werden. Auch diese wollen nicht nach Rußland gehen. Der erste Transport wird wahrscheinlich erst nach Wochen nach Deutschland abgehen, wo der eigentliche Austausch vor sich geht. Die Volkskommissäre und namhafteren Exponenten der Proletariatsdiktatur reisen nach der Zusammenstellung des Justizministeriums erst mit dem letzten Transport ab.“

Hinter den durchsichtigen Lügen der ungarischen halbamtlichen Erklärung steckt als Tatsache die Sabotierung der Austauschaktion. Es besteht die Gefahr, daß die ungarischen Behörden die Verhafteten zu Erklärungen zwingen, daß sie zu Hause bleiben wollen, fügt die „Rosta“ ihrem Bericht mit Recht bei.

Frankreich als Brandstifter.

Frankreich geht zu einem neuen polnisch-russischen Krieg.

(Wir geben den folgenden Bericht der Sowjetregierung mit dem ausdrücklichen Bemerkten wieder, daß wir die Verantwortung für die Richtigkeit der mitgeteilten Tatsachen Herrn Litwinoff überlassen.)

Prag, 15. September. Der Vorsitzende der Handelsdelegation der R. S. F. S. R. in der Tschechoslowakei, Herr Mostowenko, hat folgenden Radiotelegramm vom Stellvertreter des Kommissärs des Auswärtigen Amtes, Litwinoff, erhalten:

Moskau, den 14. September. In dem heute veröffentlichten offiziellen Berichte enthüllen wir die neuen interventionistischen Pläne Frankreichs, welches mit der Note vom 8. September Polen durch das Verprechen großer finanzieller und militärischer Hilfe im Falle eines Krieges mit Sowjet-Rußland, geht, uns ein Ultimatum zu stellen. Angesichts des Umstandes, daß Rußland vom Kampfe gegen den Hunger vollständig in Anspruch genommen ist, findet Frankreich den Moment für aggressive Handlung geeignet. Die Note fordert die Einstellung der polnischen Demobilisation, die Uebergabe der höheren Heeresleitung der polnischen Armee an den französischen Stab und an die Intendantur der französischen Mission in Warschau, Polen Verderben vorauslagen, falls es seine russische Politik nicht Frankreich unterwirft. Eine ähnliche Note

wurde auch an Rumänien gerichtet. Frankreich beabsichtigt, gleichzeitig mit Polen und Rumänien ein Ultimatum zu stellen, doch haben sowohl Polen wie Rumänien diesen Antrag abgelehnt. Sie versprachen zu drohen, aber den Zusammenstoß zu vermeiden. Die Nachrichten sind durchaus glaubwürdig und werfen ein neues Licht auf den Versuch Frankreichs, im Moment der Kriegsvorbereitung unter der Fahne der Philantropie nach Rußland seine Agenten zu schicken. Litwinoff.

Die deutsche Reaktion.

Soll Rahr bleiben oder gehen?

Berlin, 15. September. Die Morgenblätter berichten aus München, daß nach den Ergebnissen der Beratungen der bayerischen Volkspartei schon jetzt mit Bestimmtheit darauf gerechnet wird, daß die bayerische Volkspartei an Rahr nicht mehr mit dem Ersuchen herantreten wird, auf seinem Posten zu verbleiben. Da auch die Demokraten sich an einem neuen Kabinett Rahr nicht beteiligen würden, sei mit Sicherheit zu sagen, daß eine Rückkehr Rahr nicht mehr erwartet werden kann. (In Widerspruch zu dieser Nachricht des tschechischen Korrespondenzbüros steht die Ansicht der offiziellen Korrespondenz der bayerischen Volkspartei: „Die beste Lösung der Krise, die gefunden werden könnte, wäre die, daß Herr von Rahr ermöglicht wird, einem an ihn herantretenden Rufe Folge zu leisten.“ Ferner vertritt die deutsch-nationale „München-Augsburger Abendzeitung“ unter der Spitzmarke „Zurück zu Rahr!“ eine Entschleunigung der Deutschen Volkspartei, die den Landtag auffordert, Rahr neuerdings zum Ministerpräsidenten zu wählen. In den Münchener Plakatwänden wird von den Rechtsparteien zu großen Versammlungen aufgerufen, in denen dem gestürzten Ministerpräsidenten neuerdings das Vertrauen ausgesprochen werden soll. Es wird mit allen erdenklichen Mitteln daran gearbeitet, die Kandidatur Rahr durchzubringen. Nur die parteiamtliche „Süddeutsche demokratische Korrespondenz“ spricht sich entschieden gegen Rahr aus. Sie schreibt: Rahr sei das Opfer seiner Politik und Unzulänglichkeit geworden. Der absolute Mangel an staatsmännlicher Begabung und seine Stürmlichkeit seien ihm zum Verhängnis geworden. Es wird ihm dann vollständige Blindheit und Instinktslosigkeit in allen politischen Erfordernissen vorgeworfen. — Man sieht daraus, daß der Streit um Rahr noch fortdauert.)

Eine preußisch-bayerische Einheitsfront?

Berlin, 15. September. Die „München-Augsburger Abendzeitung“ will aus Berlin von angeblich zuverlässiger Seite gehört haben, daß die preußische Regierung durch den Ministerpräsidenten Stegerwald die von der bayerischen Regierung und vom bayerischen Landtag formulierte Forderung auf Aenderung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August auf das Wärmste unterstützt habe, sodasß Preußen und Bayern in der Frage der Aenderung der Reichsverordnung eine Einheitsfront bilden.

Eine Putschzentrale in Schlesien.

Berlin, 15. September. Die „Freiheit“ berichtet: In Schlesien ist eine Putschzentrale ausgehoben worden. Es handelt sich um eine Verschönerung einer Organisation des Selbstschutzes, wobei die Arbeitsgemeinschaft Rostbach und das Freikorps „Oberland“ durch die vorgefundenen Dokumente schwer belastet werden. Es steht fest, daß die Führer der Arbeitsgemeinschaft mit den Rechtsputschorganisationen in enger Fühlung stehen, mit reichigen Geldmitteln ausgestattet sind und einen regen Kurierdienst nach Berlin, München und Ostpreußen unterhalten. Auch die von uns vorgebrachte Behauptung, daß die Arbeitsgemeinschaft Terrortruppen gebildet hat, deren Aufgabe es ist, Feinde der nationalen Sache zu beseitigen, haben sich als richtig herausgestellt. In Schlesien führen diese Terrorgruppen den Namen Jagdkommandos.

Fremde dürfen nicht nach Oberschlesien.

Berlin, 14. September. (Tsch. P.) Aus Katowitz wird berichtet: Die interalliierte Kommission erließ ein Einreiseverbot für Personen, die außerhalb Oberschlesiens wohnen. Die Einreiseanträge reichsdeutscher Vertreter größerer Tageszeitungen sind abschlägig beschieden worden wegen unwahrer Greuelmeldungen aus Oberschlesien.

Verbot linksstehender Zeitungen.

Berlin, 14. September. (Tsch. P.) Durch eine Verordnung des Ministers des Innern ist die in Berlin erscheinende „Note Fahne“ vom 15. bis 17. September und das in Göttingen erscheinende „Göttinger Volksblatt“ vom 15. bis 22. September verboten worden.

Berlin, 15. September. (Tsch. P.) Das Verbot der kommunistischen „Noten Fahne“ ist, wie das Blatt mitteilt, wegen der beiden Leitartikeln „Die Kindermörder von Ipern wollen feiern“ vom 13. September und „Ein neues Spitzelmannöver Weismann“ vom 14. d. erfolgt, in denen, wie es in der Begründung des Reichsministers des Innern heißt, zu Gewalttaten gegen die Gesehe aufgefordert und die Reichsregierung verächtlich zu machen gesucht wird.

Die Hungersnot in Rußland.

Das Verhalten der Sowjetregierung.

Berlin, 15. September. (Tsch. P.) Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Riga vom 14. d.: Der Abtransport der für Sowjetrußland bestimmten Lebensmittel aus Riga ist fortwährend stark gehindert, da die Sowjetregierung keine Transportmittel zur Verfügung stellt. Von den 600 lettlandischen Waggons, die bisher nach Sowjetrußland abgegangen sind, sind nur 10 in defektem Zustande an Lettland zurückgeliefert worden. Dabei treffen in Rigaer Häfen täglich neue Lebensmittelsendungen für Sowjetrußland ein.

Berlin, 15. September. Der Londoner Richterstaater der „New York Times“ berichtet über die ersten Lebensmittelbedingungen des amerikanischen Hilfswerks für Rußland. Die amerikanischen Vertreter erklärten, daß ihnen die Sowjetregierung alle möglichen Erleichterungen gewähre. Im ganzen Lande hätten sie feststellen können, daß die Bevölkerung mit der bolschewistischen Regierung zufrieden sei und daß unter deren Regime größere Ordnung herrsche als unter dem des Jaren. Das zeige sich jetzt zur Zeit der Hungersnot. Bei ähnlichen Gelegenheiten sei es unter dem zaristischen Regime immer zu Aufstandsbewegungen gekommen. (Man darf an die beiden Berichte füglich die Preisfrage knüpfen: Wie benimmt sich die Sowjetregierung also tatsächlich den Helfenden gegenüber?)

Der Kampf um Irland.

De Valera nicht unter den Unterhändlern.

London, 14. September. Reuter meldet aus Dublin: Die Tatsache, daß De Valera nicht zu den Bevollmächtigten des Dail Circann bei den Verhandlungen mit der britischen Regierung gehört, hat einige Ueberraschung hervorgerufen. Es scheinen in Bezug auf seine Gewandtheit als Unterhändler verschiedene Ansichten zu bestehen.

Vor einer Verständigungskonferenz.

London, 14. September. Amtlich wird aus Dublin gemeldet: Das Dail Circann hat heute die Antwort an Lloyd George und die Ernennung von 5 Delegierten einstimmig gebilligt. Die Antwort ist noch nicht veröffentlicht worden.

Ententekredite an Oesterreich.

Wien, 15. September. (Tsch. P.) Wie das „Neue Wiener Tagblatt“ in Ergänzung der Mitteilungen, die der Bundesfinanzminister gestern in der Sitzung des Nationalrates gemacht hat, erfährt, sollen in kürzester Zeit 2 Millionen Pfund Sterling für den österreichischen Finanzbedarf flüssig gemacht werden, denen nach dem Zusammenritte des amerikanischen Kongresses 3 weitere Millionen Pfund folgen werden. Die Gewährung dieser Kredite zu den oben erwähnten Terminen steht fest.

Die Ruthenen in Polen sorgen selbst für ihre Schulen.

„Kur. Cez. Krakow“ meldet: Auf Grund eines Beschlusses des zweiten Kongresses der ukrainischen Partei in Lemberg vom 3. d. beginnen die Ruthenen, Privatschulen in den Dörfern, Mittelschulen in den Städten und eine ruthenische Privatuniversität in Lemberg zu gründen. Das Schulwesen leitet eine Spezialkommission unter der Leitung des Professors Dr. Wasil Szeczuwata, welcher gleichzeitig Rektor der Privatuniversität ist. Durch einen Erlass wurde die Instruktion an der polnischen Universität in Lemberg verboten.

Greuelthaten der Faschisten gegen Slowenen.

Graz, 14. September. Der Grazer „Tagespost“ wird aus Belgrad gemeldet: Infolge der Greuelthaten, die italienische Faschisten gegen Slowenen in Trient verübt haben, hat die jugoslawische Regierung ihren Geschäftsträger in Rom beauftragt, bei der italienischen Regierung eine energische Protestnote zu überreichen.

Tages-Neuigkeiten.

Wie das Staatsbodenamt die Bodenreform fördert. In der gestrigen Sitzung der Zentralverwaltungsmission für Groß-Prag kam es zu einer längeren, lebhaften Debatte über die Genehmigung des Beschlusses der Prager Stadtvertretung, gemäß welchem diese den Großgrundbesitz unterpöschernig freihändig von dem früheren Baron Derczenji um den Betrag von 5.200.000 Kronen anlaufen solle. Der Vertreter der deutschen Sozialdemokraten, Genosse Dr. Arthur Bloch sprach sich gegen den freihändigen Ankauf aus, indem er in Erinnerung brachte, daß vor einiger Zeit die Zentralverwaltungsmission seinem Antrage gemäß beschlossen habe, die Prager Stadtvertretung zu beauftragen, die im Gebiete Groß-Prags gelegenen Großgrundbesitze auf Grund des Bodenbeschlagengesetzes durch das Staatsbodenamt für die Stadt erwerben zu lassen. Der von der Prager Stadtvertretung beschlossene freihändige Ankauf des Gutes widerspreche jenem Beschlusse und bedeute überdies eine erhebliche Schädigung der Stadt, da die Bedingungen im Falle der Beschlagnahme durch das

Staatsbodenamt für die Stadt bedeutend günstiger wären, als beim freihändigem Ankauf des Gutes. Genosse Dr. Bloch hielt den tschechischen Parteien vor, daß sie die moralische Verpflichtung hätten, die Gesehe, die ihre Vertreter in der Nationalversammlung angenommen hatten, zu respektieren und daß sie im entgegengegesetzten Falle nicht berechtigt wären, anderen die Verletzung der staatlichen Gesehe zum Vorwurf zu machen. Die Vertreter der tschechischen Parteien, darunter auch die tschechischen Sozialdemokraten Dr. Langer und Slama bemühten sich, den Beschluß der Prager Stadtvertretung zu verteidigen und führten als Grund hierfür an, daß auch das Staatsbodenamt der Stadt wärmstens angeraten habe, das Gut freihändig vom bisherigen Besitzer zu kaufen, da die Beschlagnahme und Uebernahme des Gutes durch das Staatsbodenamt die Stadt bedeutend später und unter ungünstigeren Bedingungen in den Besitz des Gutes setzen würde. Dieser Argumentation schloß sich die Mehrheit der Zentralverwaltungsmission an und genehmigte den freihändigen Gutskauf. — Das ein Staatsbodenamt, welches gegeslich mit einem Millionenaufwande bestellt wurde, um die Bodenreform durchzuführen, selbst dazu rat, in einem Falle, der Gelegenheit zur Bodenbeschlagnahme gibt, von der Beschlagnahme abzusehen, ist eine Erscheinung, die wohl nur im tschechoslowakischen Staate möglich ist.

Byzantinisches. Aus Brünn wird uns gemeldet. Schon einige Tage vor der Ankunft des Präsidenten wurden in allen Stationen Gendarmerieabteilungen postiert, um das Vahngeselle zu bewachen. Hunderttausend Menschen befahren alljährlich diese Strecke, aber erst jetzt hat man es für notwendig befunden, rasch verschiedene Reparaturen am Bahnhöfen vorzunehmen. Der Stadtrat hat zur Aufschmückung der Straßen, durch welche der Präsident fahren wird, einen Betrag von 100.000 Kronen bewilligt, doch wird dieser Betrag gewiß um das Vielfache überschritten werden. Auf dem ganzen Wege, den der Präsident durch die Stadt fahren wird, sind dreifach hohe Flaggenbäume aufgestellt. Bemerkenswert sei, daß die Stadt sich in schwersten Finanznöten befindet und an jedem Ersten kaum im Stande ist, die Geldsummen zur Bezahlung der Beamtengehälter aufzubringen. Bei der Festvorstellung im tschechischen Theater wird es wie folgt hergehen:

Die Vorstellung beginnt um präzise 19 Uhr, doch haben alle Besucher ihre Plätze um dreiviertel 19 Uhr einzunehmen. Der Herr Präsident wird im Vestibül vom Vorsitzenden des tschechischen Theatervereines und vom Direktor des Theaters begrüßt werden. Hierauf wird er in die Loge geführt. Bei seinem Eintritt intoniert das Orchester des Nationaltheaters Nationalhymnen. Zur Aufführung gelangt „Die verkaufte Braut“. Der Herr Präsident verläßt das Theater vor Beendigung der Vorstellung, bei seinem Abgang darf daher niemand seinen Sitzplatz verlassen.

Was wohl der bescheidene Masaryk über diese Gesandgaben und all dieses Getöse denken wird? . . .

Die Buchdrucker im Kampfe. Gestern abends fand im Garten des „Lidove dum“ in Prag eine massenhafte Besuche Versammlung der Buchdruckerarbeiter von Groß-Prag statt. Der Grund zur Veranstaltung war der ablehnende Standpunkt, der Buchdruckerbesitzer gegenüber den Forderungen der Arbeiterschaft auf Erhöhung der Teuerungsbeiträge. Die Forderungen wurden hauptsächlich mit der nachgewiesenen steigenden Teuerung begründet. Der Vorsitzende der „Typografická seceda“, Genosse Nemecel, erstattete Bericht über den Verlauf der Verhandlungen mit den Unternehmern, welche sich zerschlugen, da die Vertreter der Unternehmer in der letzten Sitzung nicht erschienen waren. Die Ausführungen des Redners wurden wiederholt von Beifall unterbrochen. Die Arbeiterschaft verharret auf ihren Forderungen und beauftragte ihre Vertrauensmänner mit der Durchführung der Aktion. Zum Schluß wurde einstimmig folgende Entschliessung angenommen: „Die am 15. September im „Lidove dum“ in Prag versammelten Buchdruckerarbeiter erklären nach Anhören des Berichtes über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen wegen Erhöhung der Teuerungsbeiträge, daß sie das Vorgehen ihrer Vertreter in den gemeinsamen Konferenzen guthießen und sie sprechen ihre Mißfallen über das Vorgehen der Unternehmerschaft aus. Das Vorgehen der Vertreter der Unternehmer kann man nicht anders als eine böswillige Provokation der Buchdruckerarbeiter bezeichnen. Die Arbeiterschaft erklärt, daß sie hinter ihren durchaus gerechtfertigten Forderungen steht und daß sie den Kampf für eine Erhöhung der Teuerungsbeiträge ohne Rücksicht auf alle Folgen entschlossen führen wird.“

Die Ereignisse in der Danef-Fabrik. Vorgestern abends fand eine Vertrauensmännerversammlung der Metallarbeiter Groß-Prags statt, zu welcher die Arbeiter von Schlan, Königgrätz, Madno und Jungbunzlau ihre Ver-

treter entsetzt hatten. Das Bestreben der Arbeitgeber-Organisationen nach Verschlechterung der Arbeits- und Lohnverhältnisse wurde namentlich im Hinblick auf die letzten Ereignisse bei der Firma Breitfeld und Danel in Karolinenthal (Verkürzung der Arbeitszeit, Entlassung eines Vertrauensmannes, Herbeiführung der Polizei zum Zwecke der Wiedereinführung des verhafteten Direktors Frankenberg, dessen Entlassung die Arbeiterchaft fordert) eingehend erörtert und einstimmig die Einsetzung eines engeren Komitees beschlossen, das die Taktik für das weitere Vorgehen der Arbeiterchaft festzusetzen und namentlich die Gegenmaßnahmen gegenüber der Erklärung des Unternehmerverbandes vom 14. September zu ergreifen hat. (In dieser Kundgebung hat der Unternehmerverband Genehmigung für die von den Arbeitern aus dem Unternehmen gewiesenen Beamten gefordert und sich mit ihrem Vorgehen solidarisch erklärt.)

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Gestern vormittag arbeitete der 31jährige Gußeisenpüher Josef Koval aus Bysofschan der Gußeisenfabrik der Elektrotechnischen Aktiengesellschaft vorm. Kolben u. Comp. in Bysofschan mit 4 anderen Arbeitern an einer Platte, welche 27 Zentner wog. Plötzlich schlug die Platte um und verletzte Koval so schwer, daß er kurz nach seiner Ueberführung ins Allgemeine Krankenhaus den Verletzungen erlag. Die Leiche wurde nach polizeilicher Untersuchung dem gerichtsarztlichen Institute zur Vornahme der gerichtlichen Obduktion zugewiesen.

Unfälle. Auf dem Neubau in der Luxemburggasse in Zizlow stürzte gestern der Baumeister Josef Eisar durch das Gerüst des zweiten Stockwerkes und verletzte sich schwer am Kopfe. Er wurde in häusliche Pflege begeben. — In der Husstraße in Zizlow wurde gestern nachmittags Zdenka Wanek von einem Wagen der Elektrischen Bahn niedergeworfen. Sie erlitt einen Bruch am Unterarm der linken Hand. Sie wurde ins Weinberger Krankenhaus überführt.

Ein Kulturkino? Der Verein tschechischer Journalisten errichtet in Prag in den Räumlichkeiten des ehemaligen „Sansonci“ ein Kino, welches sich insbesondere der Pflege des Kultur- und künstlerischen Films widmen will. Soffentlich wird dieses Kino auch der üblichen Absicht seiner Gründer gerecht werden.

Kleine Chronik.

Die endgültige Arwaer und Teschener Grenze. Prag, 15. September. (Tsch.-P.) In der 16. und 17. Sitzung der internationalen tschechoslowakisch-polnischen Abgrenzungskommission in Mähr.-Ostria wurde am 2. und 4. Juli die definitive Arwaer und Teschener Grenze festgelegt. Die internationale Kommission erluchte, daß gleichzeitig die Delimitationskommission der beteiligten Staaten dafür Sorge tragen, daß im Gebiete von Arwa und Teschen die Militärabteilungen von der Demarkationslinie an die definitive Grenze zurückgezogen werden. Die Grenzmarkierung wird durchgeführt.

Explosion einer Granate. Im Fort 20 in Olmütz ist am 14. d. eine russische 8 Zentimeter-Granate explodiert. Zwei Arbeiter wurden getötet. Der Vorfalle wird untersucht.

Der Ausbau des Simplontunnels. London, 15. September. (Radio.) Die Bohrarbeiten in der 2. Galerie des 21.570 Yards (ungefähr 20 Kilometer) langen Simplontunnels wurden gestern nach zehnjähriger Dauer beendet.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Das nächstjährige Defizit im Staatshaushalt. Wie die „Lidove Roviny“ melden, werden die Staatsausgaben im nächstjährigen Budget 21.267.715.758 Kronen betragen. Demgegenüber stellen sich die Staatseinnahmen auf 17.488.892.606 Kronen, sodas sich ein Defizit von 3.778.823.152 Kronen ergibt. Wie die Erfahrung lehrt, sind die tatsächlichen Defizite im tschechoslowakischen Staatshaushalt stets größer als sie im Budget präliminiert sind, sodas wir wohl nächstes Jahr mit einem größeren

Defizit als 4 Milliarden zu rechnen haben werden.

Soziale Reaktion in Deutschland. Wie reichsdeutsche Blätter melden, soll ein Gesetzesentwurf über eine Schlichtungsordnung vorbereitet werden. Das Schlichtungsverfahren soll zur Voraussetzung eines jeden Streiks gemacht werden. Wenn dem Streik ein Schlichtungsverfahren nicht vorausgegangen ist, sind die Gewerkschaften zum Schadenersatz verpflichtet. Streiks in sogenannten gemeinnützigen Betrieben sollen überhaupt gänzlich verboten sein. Gleichzeitig soll ein Entwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine vorbereitet werden. Diejenigen Berufsvereine, die sich „parteilichpolitischen Betätigungen hingeben“, sollen vom Abschluß von Tarifverträgen ferngehalten werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Gewerkschaften wird dadurch einzuschränken versucht, daß das Stimmrecht der Gewerkschaftsmitglieder und ihre Wahlfähigkeit zu Vereinsämtern von einer Altersgrenze abhängig gemacht werde. Ueber Ausschlüsse aus den Gewerkschaften entscheidet das ordentliche Gericht. Die Gewerkschaften werden verpflichtet, die Hälfte ihres Vermögens als Unterstützungsfond festzulegen (wohl damit sie es nicht als Streifgeld verwenden können). Die Gewerkschaften sollen auch den Unternehmern gegenüber die Haftung übernehmen für etwaige Streiks, bei denen die Vorschriften der Schlichtungsordnung nicht eingehalten wurden. So weit die Berichte deutscher Blätter. Der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund wird wohl den reaktionären Bürokraten, die solche Dinge ausheden, die richtige Antwort schon geben.

Die Erfassung der Sachwerte. Der Kampf um die Erfassung der Sachwerte wird jetzt in Deutschland ein schnelleres und schärferes Tempo annehmen. Die Finanzlage des Reichs wird immer schwieriger, durch die von der Regierung bisher vorgelegten Steuerplänen kann weder ihre Gefundung herbeigeführt, noch kann damit die Dedung der ungeheuren Reparationslasten geleistet werden. Den letzten Anstoß dafür, daß an die Finanzprobleme mit größerer Energie herangetreten wird, gab die maßlose Verschlechterung der deutschen Valuta. Ist doch der Kurs für den amerikanischen Dollar an der heutigen Börse bereits auf 109 gestiegen, was soviel heißt, als daß die Entwertung der deutschen Mark noch unter ihren bisherigen schlechtesten Stand im Frühjahr 1920 gesunken ist. Damit werden alle Berechnungen der Regierung über den Haufen geworfen. Eine wahnsinnige Verteuerung des Lebensbedarfes wird jetzt eintreten, die deutsche Wirtschaft nähert sich österreicherischen und polnischen Zuständen, und die deutsche Valuta muß überhaupt zusammenbrechen, wenn man den Dingen ihren Lauf läßt. Es gibt nur ein Mittel, um die Katastrophe zu verhindern, das ist die Beteiligung des Reichs an den Erträgen der Wirtschaft. Diese Fragen wurden im deutschen Reichswirtschaftsrat erörtert, und zwar im Anschluß an einen Antrag von Wiffel und Silberding, der die Erfassung der Sachwerte verlangt. Wiffel sagte, daß sein Antrag einen Eingriff in die Substanz der Wirtschaft bedeute. Er müsse so gestaltet werden, daß die Substanz selbst nicht geschädigt, das Wirtschaftsertragnis aber außerordentlich gesteigert werde. Silberding betonte, daß die deutsche Wirtschaft in den letzten beiden Jahren sich wieder erholt habe, aber von ihr sei nichts getan worden, um die Finanzen wieder gesund zu machen. Das bisherige Steueraufkommen sei fast ausschließlich von den Lohn- und Gehaltsempfängern getragen worden. Dem Reiche müsse jetzt ein Anteil an den Erträgen der Wirtschaft und auch an den Goldwerten gegeben werden, um die Finanzen und die Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Die Vertreter der Unternehmer wandten sich gegen die Erfassung der Sachwerte, und sie behaupteten, daß dadurch nur die Produktion geschädigt werden würde. Dagegen erklärten sich — und das ist besonders bemerkenswert — die Vertreter auch der bürgerlichen Angestellten- und Arbeiterorganisationen für den Antrag. Es ist daher anzunehmen, daß der Kampf um die Erfassung der Sachwerte sich

stärken wird auf die geschlossene Front der Arbeiter und Angestellten aus allen Parteilagern.

Der deutsch-französische Wiederaufbauvertrag. Die Ratifizierung des deutsch-französischen Wiederaufbauvertrags wird voraussichtlich in den nächsten Tagen erfolgen. Die deutsche Regierung will den Vertrag so schnell wie möglich abschließen, damit seine Wirkung auf die deutsche Zahlungsbilanz bemerkbar mache. Danach wird auch die französische Regierung die Ratifikation vornehmen. Es ist eine neue Begegnung zwischen den Ministern Rathenau und Loucheur beabsichtigt, um noch einige Nebenverträge fertigzustellen.

Die Lage in der Metallindustrie. Wie „Pravo Lidu“ meldet, fand Mittwoch abends eine Beratung der Vertrauensmänner der Metallarbeiterchaft Mittelböhmens statt, in der zu der bekannten Kundgebung des Industriellenverbandes Stellung genommen wurde. Es wurde erklärt, daß in diesen Maßnahmen, Beschränkung der Arbeitszeit, Entlassung des Vertrauensmannes der Arbeiterchaft und Herbeiführung der Polizei das Bestreben der Organisation der Unternehmer nach Verschlechterung der Arbeits- und Lohnbedingungen sowie der Einführung des Absolutismus in den Fabriken zu erblicken sei. Die Lage in der Metallindustrie ist eine ernste. Weil der Unternehmerverband die Dinge auf die Spitze treibt.

Europas Verschuldung an Amerika. Wie das Ministerium des Äußern mitteilt, betrug am 1. Juli 1921 die Summe der Anleihen, die Amerika den europäischen Staaten gewährt hat, 10.084.367.706,59 Dollars. Dazu kommen noch die für diese Anleihe unbezahlten Zinsen in der Höhe von ungefähr einer Milliarde Dollars, sodas sich die Gesamtsomme der Anleihen auf 11 Milliarden Dollars beläuft, das sind nicht weniger als 918 Milliarden tschechischer Kronen, eine Summe, die man sich gar nicht vorstellen kann. Auf die Tschechoslowakei entfallen hievon 91.179.527 Dollars, das sind nach dem Kurse vom 14. September nicht weniger als 7.613.490.504,50 Kronen, oder annähernd 7 1/2 Milliarden Kronen.

Drohende Aussperrung in Sachsen. Der Arbeitgeberverband der Metallindustrie Sachsens beschloß die Arbeiter in den bisher vom Streike nicht betroffenen Betrieben am 16. d. M. auszusperren, wenn bis Freitag früh die Arbeit von den Streikenden wieder aufgenommen wird. Etwa 40.000 Arbeiter würden von der Aussperrung betroffen werden.

Der fallende Dinar. Belgrad, 14. September. (Tsch.-P.) Das ministerielle Wirtschaftskomitee beschloß, der fallenden Tendenz des Dinarurses durch Erhöhung der Einfuhrzölle und Herabsetzung der Ausfuhrzölle entgegenzutreten. Die Maßnahme kann jedoch erst nach Genehmigung des neuen Zolltarifes seitens des Gesetzschaftes der Skupschina in Wirksamkeit treten.

Der Wert der Krone. Es kosten heute 100 holl. Gulden 2631,50, 100 Mark 77,25, 100 schweiz. Franken 1441,50, 100 schwed. Kronen 1806,50, 100 Lire 354, 100 franz. Franks 582,50, 1 Pfund Sterling 311,50, 1 Dollar 82,25, 100 belg. Franks 577,50, 100 Peso 1186,50, 100 Dinar 136,75, 100 Lei 70,50, 100 österr. Kronen 5,45, 100 poln. Mark 2,10, 100 ung. Kronen 16,02 1/2 tschechische Kronen.

Aus der Partei.

Die Bezirkskonferenz des Schönberger Bezirkes am 11. September war von 34 Delegierten besucht, welche 16 Lokalorganisationen vertraten. Aus den Berichten ging hervor, daß wohl überall die Folgen der Parteispaltung überwunden sind. In der kurzen Berichtszeit, kurz deshalb, weil erst im April eine außerordentliche Konferenz stattgefunden hatte, wurden von der Bezirksleitung 35 Versammlungen veranstaltet, während die Abgeordneten Hadenberg und Häußler außerdem in neun Versammlungen sprachen. In der Frage der Presse, des Bildungswesens, des Ausbaues der Organisation wurden wichtige Beschlüsse gefaßt. Den Parteitag beschloß die Bezirksorganisation mit drei Delegierten. Die Wahl wurde den Lokalorganisationen

M.-Neustadt und Heinrichstal und der Frauenorganisation Schönberg überlassen. Zur Leitung der Parteigeschäfte wurde die bisherige Bezirksleitung wiedergewählt.

In der Bezirkskonferenz Falkenau, am Sonntag, den 11. September, berichtete Gen. Kraus unter anderem, daß die Mitgliederzahl der Männerorganisation durch die Arbeitslosigkeit zwar etwas zurückgegangen sei, daß aber durch die kommunistischen Wählerreien nichts verloren wurde. Bei der Frauenorganisation ist ein erfreulicher Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Als Delegierte zum Parteitag die Genossen Kraus und Rag und eine Genossin bestimmt, die von der Frauenkonferenz zu wählen ist. Es wurde ferner beschlossen, den Klub der Abgeordneten aufzufordern, die sofortige Einberufung des Parlamentes bei der Regierung zu betreiben, damit über den Ernährungsplan gesprochen werden kann. Betreffs der Arbeitslosenfürsorge wurde der Klub der Abgeordneten aufgefordert, bei der Regierung zu intervenieren, damit erstens Arbeitsgelegenheit geschaffen wird, zweitens ist die Inkrastierung des neuen Arbeitslosenunterstützungsgesetzes noch vor Eintritt des Winters zu erwirken.

In der Bezirkskonferenz Saaz, die Sonntag, den 11. September, in Saaz stattfand, wurden als Delegierte zum Parteitag die Genossen Schmelz, Glaser und die Genossin Stehlik gewählt.

Die Bezirkskonferenz Aussig-Stadt. Die Bezirkskonferenz Aussig-Stadt, die am Sonntag, den 11. September, stattfand, stellte Gen. Siebich im Sekretariatsbericht fest, daß das Agitationsgebiet Aussig-Stadt durch die Spaltung der Partei verhältnismäßig sehr wenig gelitten hat. Die Organisation hat von ihren Mitgliedern fast nichts verloren. In der Debatte wurde namentlich die Notwendigkeit einer intensiven Agitations- und Aufklärungsarbeit unter den Frauen und Jugendlichen besprochen. Der Kreisbildungsausschuß wird im Winter versuchen, in allen Sektionen systematische Bildungsarbeit zu betreiben. Genosse Belina berichtete in seinem Referat über die Presse, daß die Kreisvertretung beschlossen habe, in der Woche vom 25. September bis 2. Oktober eine großzügige Werbekampagne für das „Volkrecht“ durchzuführen. Die Konferenz zeigte sich einig in der Auffassung, daß diese Werbekampagne mit allen Kräften durchzuführen ist. Der Punkt „Stellungnahme zum Parteitag“ wurde infolge der vorgeordneten Zeit von der Tagesordnung abgesetzt. Zur Behandlung dieses Punktes findet in den nächsten Tagen eine außerordentliche Bezirkskonferenz statt. Die Neuwahlen ergaben: Bezirksvertrauensmann Genosse Müller, Stellvertreterin Genossin Kirpal, Kontrolle die Genossen Jbe und Raidorfer und Genossin Stehlik.

Bezirkskonferenz Tachau. Sonntag, den 25. September in Tachau. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Neuwahl der Bezirkssekretive, Wahl der Delegierten zum Parteitag, Vortrag über Volksbildungswesen und die Arbeitslosenunterstützung.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute Freitag die neuinszenierte Mozart-Oper „Così fan Tutte“ unter Zemlinskys Leitung. Sonntag nachmittags Gastspiel Richard Kubli „Bohème“.

„Die Scheidungsreise“ am Samstag und Sonntag 10 Uhr nachts.

Gastspiel Jda Roland. Morgen Samstag beginnt Frau Jda Roland ihr Gastspiel als Anna in Hans Müllers „Flamme“. Sonntag spielt die Gastin die „Jarin“ in Leghels-Biros gleichnamiger Komödie.

Zur Beachtung.

Unsere Abonnenten werden ersucht, die Abonnementbezahlung unter dem Namen zu leisten, unter welchem die Blattbestellung erfolgte.

Die Verwaltung.

Herausgeber: Dr. Ludwig Tsch. und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strach. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

BIO

SVĚTOZOR um 3 u. 1/2 Uhr
Ursachen und Gefahren der Geschlechtskrankheiten
mit Vortrag des MUDr. Jarosl. Hrdánský. 62
Abends 8 Uhr:
Der größte französische Film
Aus den Geheimnissen des Orients.

NA SLOVANECH PRAG II.
Grosses Ausstattungsspiel
Die Wege des Schreckens — zum Glück. (Lory Doralin) 63

LIDO. „Die Gekreuzigte“.
Film-Romanette nach Jakob Arbes
in 6 Teilen.

„Oeffnet die Augen“
Zum erstenmal in Prag im 73
BIO ILLUSION
Grosses sex. Drama in 7 Akten. Amerik. Film.

Speziallacke, Farben
sowie Staufferfett, Hantefett, Vaseline schwarz und gelb, Raupenleim nach amer. System etc. und andere chem.-techn. Produkte liefert zu äussersten Preisen in Ia. Qualität

Hiersche & Co.,
Fabrik chemisch-technischer Produkte
NESTOMITZ a. E.
Tel. 727 (40) Tel. 727

BÜRSTEN,
Anstreich- u. Rasierpinsel in erstkl. Ausführung nach Nürnberg. Art lief. direkt an Konsumvereine und Gewerkschaften
S. ADLER, 6
Bürsten-, Pinsel- u. Holzwarenfabrik Oes. m. b. H. Markt Eisensteig, Böhmerwald.

Anglobank

in Prag, Hybernská ul. č. 5

72
Gegründet im Jahre 1863.

FILIALEN: Aussig a. E., Bodenbach, Brünn, Brück, Eger, Falkenau, Franzensbad, Johannsbad, Raaden, Karbitz, Karlsbad, Komotau, Königgrätz, Leitmeritz, Lobositz, Marienbad, Olmütz, Pardubitz, Pilsen, Prossnitz, Saaz, Teplitz, Trautenau, Weipert, Znaim.

Erzeuger von Linoleum
werden gebeten, bemusterte Offerte an den Arbeiter-Konsumverein Karbitz zu senden. Lieferanten von Ia. Eiern werden ebenfalls gebeten, ihre Offerte einzusenden. 53

Frische Preiselbeeren

in 5 kg Postkistchen liefert zum äusserst. Tagespreise 7

Josef Červený,
Klattau 4, Böhmerwald.

Was ihr da kommt?
Sagt Ihnen am besten mein Hydrometer! Zeigt verlässlich 24 Stunden voraus, was für ein Wetter kommt. Sende 1 St. franko überall, bei Voraussend. Kč3.- od. in Briefmarken. Nachn. kostet Kč 5.-. Herren Geschäftsleuten b. Abnahme von 24 Stück 33 Prozent ab. 57
Ferd. Wolf, Prachattitz
Böhmerwald.

Ing. Franz Lang,
beh. aut. Zivilgeometer und Kulturtechniker
Budweis, Schillergasse 5
übernimmt alle in sein Fach einschlägigen Arbeiten, insbesondere die Vermessungen für Kleinpächter. Vermittlung grosserer Arbeiten honoriert. 66

Gastwirtschaft
„Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Prag II., Hybernská 7. 50
Genossen unterstützt das genossensch. Unternehm. Vorzüglicher Mittagessen, Abendessen und Getränke, Trinkgelder aufgehoben!

Kautschuk-Stampfrollen
erzeugt schnell, gut und billig
Franz Chmel, Prag II., Nekazanka 18.